

Antwort

der Landesregierung

auf die Kleine Anfrage 921
des Abgeordneten Michael Jungclaus
Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 5/2259

Wortlaut der Kleinen Anfrage 921 vom 14.09.2010

Effektivität der Arbeit der Regionalen Planungsgemeinschaften

Besonders vor dem Hintergrund zunehmender Flächenkonkurrenzen hat die Regionalplanung eine wichtige Bedeutung bei der Konkretisierung von Grundsätzen und Zielen der Landesplanung, um so Transparenz und Akzeptanz für raumbedeutsame Vorhaben zu schaffen. Die Planwerke der Regionalplanung müssen allerdings eine ausreichende Rechtssicherheit erfahren, um bspw. als Grundlage für die räumliche Steuerung von Erneuerbaren Energien zu dienen. Mit der Unwirksamkeitserklärung des Regionalplans Havelland - Fläming, sachlicher Teilplan Windenergienutzung vom 02.09.2004, ist jedoch erneut ein Regionalplan im Land Brandenburg vom Oberverwaltungsgericht für rechtsunwirksam erklärt worden. Aus Presseberichten geht hervor, dass dies auf Abwägungsmängel bzw. ein nicht schlüssiges Gesamtkonzept zurückzuführen ist.

Ich frage die Landesregierung:

1. Welche Regionalpläne sind in den vergangenen 10 Jahren Gegenstand von Normenkontrollanträgen vor Gerichten gewesen?
2. Lassen sich Kläger und die jeweiligen Antragsbegründungen zusammenfassen?
3. Welche Anträge hatten Erfolg?
4. Wo laufen derzeit noch Antragsverfahren bzw. sind ausgesetzt?
5. Welche Formfehler und materiellen Rechtsmängel sind bei den Normenkontrollen in Regionalplänen festgestellt worden?
6. Zu welchem Prüfergebnis kam die Genehmigungsbehörde bei der Prüfung des zur Genehmigung eingereichten Entwurfs des oben erwähnten Teilplans „Wind“ des Regionalplans von „Havelland-Fläming“ entsprechend § 2 Abs. 8 RegBKPIG? Trifft es zu, dass durch die Genehmigungsbehörde schwerwiegende Mängel und Verstöße gegen Rechtsvorschriften nicht bemerkt wurden?

Datum des Eingangs: 08.12.2010 / Ausgegeben: 13.12.2010

7. Gab es bereits vor und in Genehmigungsverfahren anderer Regionalpläne Hinweise und Erkenntnisse über mögliche Normverletzungen durch die als Satzung beschlossenen Regionalpläne und wie wurde mit diesen verfahren?
8. Hat es seitens der Landesregierung Gespräche mit den Antragstellern auf Normenkontrolle gegeben mit dem Ziel einer außergerichtlichen Einigung?
9. Haben die Regionalen Planungsgemeinschaften eine außergerichtliche Einigung angestrebt?
10. Welche Kosten sind in den regionalen Planungsgemeinschaften durch die Entscheidungen entstanden und mit welchen Mitteln wurden diese beglichen?
11. Welche Konsequenzen zieht die Landesregierung hinsichtlich der Ausstattung der Regionalen Planungsgemeinschaften, um den offenbar gestiegenen materiellen und juristischen Anforderungen an Regionalpläne gerecht zu werden? Wie sind die Stellenpläne der Regionalen Planungsgemeinschaften derzeit gestaltet und wie war deren Entwicklung in den letzten fünf Jahren?
12. Sind in den Haushaltsplänen der Regionalen Planungsgemeinschaften auch Finanzmittel für rechtliche Begleitung von Verfahren eingestellt? Sind von diesen Mitteln ggf. auch Prozesskosten abgedeckt? Wenn ja, mit welchen Stundensätzen?
13. Welche Unterstützung wird die Landesregierung leisten, damit die Regionalen Planungsgemeinschaften zukünftig für die dringend benötigten raumplanerischen Anforderungen, insb. Im Bezug auf die Flächensicherung für Erneuerbare Energien, rechtssichere Planwerke erstellen, die sich in Übereinstimmung mit den Anforderungen aus dem Raumordnungsgesetz befinden und zudem eine Normenkontrolle bestehen?
14. Plant die Landesregierung den Regionalen Planungsgemeinschaften weitergehende Aufgaben zu übertragen, damit zukünftig – neben den Teilplänen für Windenergienutzung – auch Teilpläne bspw. Freiflächensolaranlagen, Bioenergieanlagen etc. erstellen?

Namens der Landesregierung beantwortet der Minister für Infrastruktur und Landwirtschaft die Kleine Anfrage wie folgt:

Frage 1:

Welche Regionalpläne sind in den vergangenen 10 Jahren Gegenstand von Normenkontrollanträgen vor Gerichten gewesen?

Zu Frage 1:

In den vergangenen 10 Jahren waren der integrierte Regionalplan Havelland-Fläming sowie in allen 5 Regionen des Landes die sachlichen Teilpläne Wind bzw. Wind/Rohstoffe Gegenstand von Normenkontrollanträgen.

Frage 2:

Lassen sich Kläger und die jeweiligen Antragsbegründungen zusammenfassen?

Zu Frage 2:

Kläger in allen Regionen sind in der Regel Gemeinden oder Investoren. Klagende Gemeinden wenden sich zumeist gegen bestimmte Windeignungsgebiete, während Investoren die Nichtausweisung bestimmter Gebiete bemängeln. Nach dem jeweiligen Klägerinteresse werden Abwägungsmängel in Bezug auf das Vorliegen bestimmter fachlicher Kriterien moniert, die entweder zur Nichtausweisung oder Ausweisung von Windeignungsgebieten hätten führen sollen.

Frage 3:

Welche Anträge hatten Erfolg?

Zu Frage 3

Erfolgreich waren die Anträge gegen den integrierten Regionalplan Havelland-Fläming sowie die sachlichen Teilpläne „Windenergie“ in den Regionen Lausitz-Spreewald und Havelland-Fläming. Nur teilweise erfolgreich war der Antrag im Fall Uckermark-Barnim.

Frage 4:

Wo laufen derzeit noch Antragsverfahren bzw. sind ausgesetzt?

Zu Frage 4:

Derzeit ruht das Antragsverfahren in der Region Prignitz-Oberhavel. Weitere Verfahren laufen nicht mehr.

Frage 5:

Welche Formfehler und materiellen Rechtsmängel sind bei den Normenkontrollen in Regionalplänen festgestellt worden?

Zu Frage 5:

Formfehler stellte das Gericht bei den Ausfertigungen und Bekanntmachungen der Satzungen sowie deren Anlagen und hierbei insbesondere hinsichtlich der eindeutigen Identifizierbarkeit der beschlossenen und der dann verkündeten Satzungen und deren Anlagen fest. Materielle Mängel sah das Gericht insbesondere in der nicht ausreichenden Anwendung eines konsequenten Kriteriengerüsts bei der Festlegung der Eignungsgebietskulisse und bei der Abwägung bestimmter privater Belange.

Frage 6:

Zu welchem Prüfergebnis kam die Genehmigungsbehörde bei der Prüfung des zur Genehmigung eingereichten Entwurfs des oben erwähnten Teilplans „Wind“ des Regionalplans von „Havelland-Fläming“ entsprechend § 2 Abs. 8 RegBKPIG? Trifft es zu, dass durch die Genehmigungsbehörde schwerwiegende Mängel und Verstöße gegen Rechtsvorschriften nicht bemerkt wurden?

Zu Frage 6:

Die Genehmigungsbehörde genehmigt die jeweilige Satzung gemäß § 2 Abs. 8 RegBkPIG, soweit sie nach Maßgabe dieses Gesetzes aufgestellt ist und sonstigen Rechtsvorschriften nicht widerspricht. In diesem Rahmen wurden keine einer Genehmigung entgegen stehenden Mängel festgestellt.

Frage 7:

Gab es bereits vor und in Genehmigungsverfahren anderer Regionalpläne Hinweise und Erkenntnisse über mögliche Normverletzungen durch die als Satzung beschlossenen Regionalpläne und wie wurde mit diesen verfahren?

Zu Frage 7:

Sofern Hinweise und Erkenntnisse insbesondere zu Fragen der Ausfertigung und Bekanntmachung aus früheren Normenkontrollverfahren vorlagen, wurden diese in den folgenden Planungs- und Genehmigungsverfahren berücksichtigt.

Frage 8:

Hat es seitens der Landesregierung Gespräche mit den Antragstellern auf Normenkontrolle gegeben mit dem Ziel einer außergerichtlichen Einigung?

Zu Frage 8:

Vereinzelt wurden Gespräche geführt, jedoch ohne Erfolg.

Frage 9:

Haben die Regionalen Planungsgemeinschaften eine außergerichtliche Einigung angestrebt?

Zu Frage 9:

Soweit Normenkontrollanträge vorab angekündigt wurden, war es den Regionalen Planungsgemeinschaften möglich mit den klagenden Gemeinden Gespräche zu führen.

Frage 10:

Welche Kosten sind in den regionalen Planungsgemeinschaften durch die Entscheidungen entstanden und mit welchen Mitteln wurden diese beglichen?

Zu Frage 10:

Insgesamt sind den Regionalen Planungsgemeinschaften Kosten von ca. 134 000,- € entstanden, die aus deren Haushalt gezahlt werden mussten. In der Planungsgemeinschaft Havelland-Fläming werden durch das neue Urteil weitere ca. 25 000,- € Kosten anfallen.

Frage 11:

Welche Konsequenzen zieht die Landesregierung hinsichtlich der Ausstattung der Regionalen Planungsgemeinschaften, um den offenbar gestiegenen materiellen und juristischen Anforderungen an Regionalpläne gerecht zu werden? Wie sind die Stellenpläne der Regionalen Planungsgemeinschaften derzeit gestaltet und wie war deren Entwicklung in den letzten fünf Jahren?

Zu Frage 11:

Die Ausstattung der Regionalen Planungsgemeinschaften entspricht den finanziellen Rahmenbedingungen aus den Zuweisungen, die auf Grund der jeweiligen Haushaltsansätze zur Verfügung stehen. Die Landesregierung hat in den letzten Jahren die Mittel wegen gestiegener Anforderungen bei der Planaufstellung zweckgebunden erhöht und ist zudem bestrebt, die begleitende Beratung bei der Aufstellung von Regionalplänen zu intensivieren.

Die Stellenpläne wurden in der Regel in den letzten Jahren um ca. 1 Stelle reduziert. Zurzeit sehen die Stellenpläne der 5 Regionalen Planungsgemeinschaften (RPG) zwischen 4,75 – 5,8 Mitarbeiter je RPG vor.

Frage 12:

Sind in den Haushaltsplänen der Regionalen Planungsgemeinschaften auch Finanzmittel für rechtliche Begleitung von Verfahren eingestellt? Sind von diesen Mitteln ggf. auch Prozesskosten abgedeckt? Wenn ja, mit welchen Stundensätzen?

Zu Frage 12:

In 4 Regionen werden Mittel für die rechtliche Begleitung von Verfahren eingestellt, davon sind in 2 Regionen auch Mittel für Prozesskosten eingeplant. Für die Rechtsberatung werden übliche Stundensätze zu Grunde gelegt.

Frage 13:

Welche Unterstützung wird die Landesregierung leisten, damit die Regionalen Planungsgemeinschaften zukünftig für die dringend benötigten raumplanerischen Anforderungen, insbesondere im Bezug auf die Flächensicherung für Erneuerbare Energien, rechtssichere Planwerke erstellen, die sich in Übereinstimmung mit den Anforderungen aus dem Raumordnungsgesetz befinden und zudem eine Normenkontrolle bestehen?

Zu Frage 13:

s. Antwort zu Frage 11

Frage 14:

Plant die Landesregierung den Regionalen Planungsgemeinschaften weitergehende Aufgaben zu übertragen, damit zukünftig – neben den Teilplänen für Windenergienutzung – auch Teilpläne bspw. Freiflächensolaranlagen, Bioenergieanlagen etc. erstellen?

Zu Frage 14:

Soweit sich Regionale Planungsgemeinschaften nicht für die Aufstellung von integrierten Regionalplänen, sondern für die Aufstellung von Teilplänen entscheiden, stünde dies in deren Ermessen und wäre gleichzeitig Bestandteil der Pflichtaufgabe nach § 4 Abs. 2 Satz 1 RegBkPIG i.V.m. § 7 Abs. 1 Satz 2 ROG. Einer diesbezüglichen besonderen Aufgabenübertragung bedürfte es daher nicht.